Deutscher Bundestag **Drucksache 15/122**
15. Wahlperiode 02. 12. 2002

Antrag

der Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Andreas Pinkwart, Carl-Ludwig Thiele, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Dr. Christian Eberl, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Birgit Homburger, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Markus Löning, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Marita Sehn, Dr. Rainer Stinner, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Weniger Staat – weniger Steuern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Steuervergünstigungsabbaugesetz ist ein weiterer Schritt zur Erhöhung der Steuern in Deutschland. Die nächste Stufe der Öko-Steuern, das Gesetz zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform, die Verschiebung der nächsten Stufe der Steuerreform sowie der jetzt vorliegende Entwurf eines Gesetzes zum Abbau von Steuervergünstigungen belasten Bürger und Unternehmen zum 1. Januar 2003 mit rund 15 Mrd. Euro. Die Belastungen allein durch das Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen steigen im Jahr 2004 auf 10,7 Mrd. Euro, im Jahr 2005 auf 15,1 Mrd. Euro und im Jahr 2006 auf 16,7 Mrd. Euro. Zusätzlich steigen die Beiträge zur Krankenversicherung und Rentenversicherung im nächsten Jahr, so dass der Volkswirtschaft 2003 Kaufkraft von 25 bis 30 Mrd. Euro entzogen werden. Diese Summe steigt in den folgenden Jahren an.

Diese Politik ist konjunkturschädlich und wachstumsfeindlich. Die Folgen sind sinkende Investitionen, ein Zunehmen der Insolvenzen, weniger Neugründungen von Unternehmen, steigende Arbeitslosenzahlen, mehr Steuer- und Kapitalflucht sowie Schwarzarbeit. Die Neuverschuldung steigt rapide an.

Diese Politik der laufenden Steuererhöhungen wird letztlich zu noch weniger Steuereinnahmen führen, weil sie Wachstum verhindert, Schwarzarbeit und Arbeitslosigkeit zunehmen und Unternehmen ins Ausland verlagert werden. Sie muss unverzüglich beendet werden. Ein Staatsanteil am Volkseinkommen von 56% ist entschieden zu hoch. Der Staat muss seine Ausgaben kürzen. Auf der anderen Seite sind angesichts der konjunkturellen Lage Steuersenkungen unumgänglich. Niedrigere Steuern verschaffen den Bürgern mehr finanziellen Spielraum und versetzen die Unternehmen in die Lage, mehr zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen.

Der Subventionsbericht der Bundesregierung weist Subventionen in Höhe von 55 Mrd. Euro auf. Nach anderen Definitionen des Subventionsbegriffs belaufen

sich diese staatlichen Zahlungen auf rund 150 Mrd. Euro. Neben den Subventionen gibt es staatliche Zuwendungen wie Zuschüsse, Darlehen oder Schuldendiensthilfen. Diese betragen mehr als 17 Mrd. Euro jährlich. Eine Kürzung dieser staatlichen Ausgaben ermöglicht Steuersenkungen. Die Zahlen belegen, dass die für unsere Wirtschaft dringend notwendigen Steuersenkungen finanzierbar sind.

II. Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag lehnt jede Art von Steuererhöhung ab.
2. Der Deutsche Bundestag lehnt die Einführung neuer Steuerarten ab.
3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ein Konzept vorzulegen, mit dem die Lohn- und Einkommensteuer gesenkt und das Steuerrecht grundlegend vereinfacht wird. Alle Steuerzahler sind gleich zu behandeln.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, gleichzeitig ein Konzept vorzulegen, mit dem Subventionen und Zuwendungen im Umfang der Steuersenkungen linear gekürzt werden.

Berlin, den 2. Dezember 2002

Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Andreas Pinkwart
Carl-Ludwig Thiele
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Dr. Christian Eberl
Jörg van Essen
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Guttmacher
Birgit Homburger
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Markus Löning
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Eberhard Otto (Godern)
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Marita Sehn
Dr. Rainer Stinner
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333